

die vorgeschriebenen Rationen erhalten, wogegen andere von den Beschaffungsgruppen so versorgt werden, daß sie Vorräte anlegen können.

Nach den Erörterungen Julius Alparis, Josef Brunners und anderer folgte das Schlusswort Stefan Biermanns.

Heute herrscht auf der ganzen Linie eine Verpflegsanarchie, sagte er. Auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung muß auch nach seiner Ansicht jeder Privathandel aufgehoben werden, und das wird auch geschehen: die Lebensmittelgeschäfte werden in Zukunft Lebensmittelverkleisterungen des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates sein. Auf diese Weise wird es gelingen, die vollständigste Rationierung zu erzielen; in jedem derartigen kleinen Lebensmittelladen werden ungefähr fünfhundert Familien mit allerlei Lebensmitteln versehen werden können. In ähnlicher Weise möchte er dem Holz- und Kohlenhandel in Kommunalverwaltung übernehmen. Eine wesentliche Abhilfe wird auch der Umstand bieten, daß schon in nächster Zukunft die Lebensmittelzufuhr und die Lebensmittelverteilung gänzlich in eine Hand gelangen werden. Der Aufhebung des Privathandels, beziehungsweise der kommunalen Leitung des Lebensmittelhandels wird die Einstellung der Beschaffungsgruppen auf dem Fuße folgen. Bis es aber gelingt, dies vollkommen durchzuführen, muß dafür gesorgt werden, daß niemand an zwei Stellen einkaufen könne. Zu diesem Zwecke wird jede Familie mit einem Stammblatte versehen werden und der Einkauf wird nur mit dem Stammblatte erfolgen können; auf diese Weise wird hoffentlich jeder Mißbrauch verhindert werden können. Wenn die Proletarier sehen werden, daß sie auf Grund ihres Familienstammblattes dasjenige, was sie in der Fabrikbeschaffungsgruppe erhalten, viel leichter und einfacher in den Lebensmittelvertriebsstellen erhalten können, so werden sie von selber die Beschaffungsgruppen vernachlässigen und diese werden allmählich absterben. Aus diesem Grunde bedurfte es der dringenden Unterbreitung des Beschlusses, der übrigens auch der Dienstbesetzung des 500er Arbeiter- und Soldatenrates vorgelegt werden wird. Er beantragt, der Leitende Ausschuss möge den Beschlusssatz annehmen.

Hierauf nahm der leitende Ausschuss den Beschlusssatz Biermanns einhellig an und wählte Josef Sütö zum Leiter der Sektion für öffentliche Versorgung des Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Beratung über die übrigen Punkte der Tagesordnung und die Unterbreitung der eingelaufenen Anträge auf die nächste Sitzung des Leitenden Ausschusses verschoben, die Donnerstag stattfinden wird.

Die Ungarische Räterepublik.

Urteil im Strafprozeß der Ludovikazöglinge.

In der heutigen Sitzung des Standgerichtes der Räterepublik wurde das Urteil in Angelegenheit der 253 angeklagten Ludovikazöglinge verkündet. Der Präsident des Standgerichtes verkündete das Urteil folgendermaßen:

Ich verkünde Ihnen das Urteil des Standgerichtes der Räterepublik. Das Standgericht hat die 253 angeklagten Zöglinge des Ludoviceums zu Erziehungsarbeit verurteilt und ersucht das Volkskommissariat für Unterricht zur Vornahme der dringlichen Maßregeln. Dies ist das Urteil.

Außerhalb des Urteils sage ich hier Ihnen allen: danken Sie jedem einzelnen Soldaten der Räterepublik, daß man bereits heute hier Ihnen ein Urteil verkünden konnte, denn wenn diese roten Soldaten nicht Menschen, sondern das gewesen wären, wozu man sie machen wollte, dann — erinnern Sie sich alle daran — würden Sie im Garten der Ludovika geblieben sein. Das Standgericht ist darüber im reinen, daß Sie Mittel waren. Wir haben Ihre Lage erwogen und die Räterepublik erwartet von Ihnen, daß Sie solche nützliche arbeitende Mitglieder dieser Gesellschaft werden, wie es diejenige sein müssen, die das Brot der Räterepublik essen. Die roten Soldaten, die Ihre Kugeln getroffen haben, schrien nach Rache; die Rache findet keinen Widerhall, doch werden wir jeden einzelnen Menschen zwingen, jede Verfügung dieser Räterepublik zu respektieren und für deren Interessen zu arbeiten. Wer für die Interessen dieser Räterepublik nicht arbeiten will, möge mit sich und mit seinem Gewissen abrechnen und sich seinen Anhängern gegenüber verantworten.

Die Serben räumen das Komitat Baranya.

Börös Ujjág erzählt: Die serbischen Truppen treffen alle Vorbereitungen zur Räumung der Stadt Pécs und des Komitats Baranya. Alles, was entfernt werden kann, haben sie zusammengepackt, um es bei ihrem Abzug mitzunehmen. Der von den besetzenden Serben ernannten Obergespan Pandurovic hat die Stadt Pécs schon verlassen. Der Abzug soll, wie es scheint, nach dem russischen Rezept der Entente erfolgen. Die Serben haben das besetzte Gebiet noch gar nicht verlassen und schon organisiert sich die weiße Garde, um die Leitung der Stadt Pécs und des Komitats Baranya zu übernehmen und die traurige Herrschaft des ausbeutenden Kapitalismus auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Des Polizeidienstes haben sich die Weißen bereits bemächtigt. Das war aber auch in der Tat sehr notwendig für sie, denn das Proletariat der besetzten Gebiete ist von dem stärksten revolutionären Empfinden durchdrängt. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist revolutionär. Haben sich doch vor ihren Augen in den verflochtenen Monaten auch alle Niederträchtigkeiten der Bourgeoisieherrschafien abgespielt. Die Proletarier haben Kummer und Elend erlitten, die Arbeitslöhne waren auf den besetzten Gebieten niedrig, während die

Bourgeoisie in Nahrungsmitteln und an Kleidung gekostet hat. Die Erbitterung der Arbeiterschaft wird noch dadurch gesteigert, daß die Weißen eine allgemeine Affentierung angeordnet haben, ein Plan, der aber an der revolutionären Stimmung der Arbeiterschaft ohne Zweifel tragisch scheitern wird. Die selbstbewußten Proletarier der besetzten Gebiete bereiten sich schon vor, die Hand in die Hand gegebenen Waffen gegen die Unterdrücker zu wenden. Trotzdem wollen die Weißen die serbische Front übernehmen. Im Arpadgebirge zirkulieren weiße Patrouillen und alles läßt darauf schließen, daß die Weißen sich für den Fall des Abzugs der Serben vorbereiten.

Uns kann es, sagt Börös Ujjág, nur zur Freude gereichen, wenn die Gegenrevolution und die sie verzärtelnde Entente sich in ihrer wahren Eigenschaft zeigen. Wenigstens ist deutlich zu sehen, was wir von ihnen zu erwarten haben und was getan werden muß.

Sistierung der Tätigkeit des Landes-Wohnungskommissariats und der Wohnungskommissionen.

Vom 28. März bis 30. Juni sind in der Hauptstadt/dem Proletarierfamilien etwa 30.000 Wohnungen angewiesen worden. Trotzdem gibt es noch immer ungefähr 30.000 Wohnungsansprüche, die mit den zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten überhaupt nicht befriedigt werden können. Da das Landes-Wohnungskommissariat die Beurteilung dieser Ansprüche und die Einsetzung in die Wohnungen von neuen Wohnungskommissionen der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenräte übertragen hat, ist eine neuerliche Reorganisation der Bezirks-Wohnungskommissionen notwendig geworden. Aus diesem Grunde werden die Entgegennahme der Wohnungsansprüche, die Einsetzungen in die Wohnungen, sowie die Erledigung von Wohnungsangelegenheiten vom 6. d. bis auf weitere Verfügung eingestellt. Die Wiederaufnahme der Amtstätigkeit wird in der Presse mitgeteilt werden.

Erhöhung der Fleischration.

Der Volksrat für Wirtschaftswesen hat heute folgende Verordnung herausgegeben:

Vom Montag an erhöhe ich die Fleischration in der Fleischversorgung von sechs auf acht Dekagramm.

Rulcsár,

Leiter der 5. Hauptsektion des Volkswirtschaftsrates.

Schließung der Ausstellung für Volkshygiene.

Die im Institutshaus der Budapester Bezirks-Arbeiterversicherungs-kasse befindliche Ausstellung für Volkshygiene wurde heute, Samstag, 10 Uhr vormittags in Gegenwart zahlreicher Besucher vom Volksbeauftragten Anton Guth geschlossen.

Der Direktor der Kasse Adolf Kiss begrüßte die erschienenen Gäste im Namen der Leitung der Ausstellung und verwies auf die opferwillige, hingebungsvolle Tätigkeit, die das Soziale Museum, seine Mitarbeiter und die Beamten der Kasse im Interesse des Erfolges der Ausstellung bekräftet hatten. Zehntausende von Arbeitern, Arbeiterinnen und Schülern besuchten die Ausstellung, zu deren Erfolg außer dem glücklichen Arrangement auch die entsprechenden Räumlichkeiten sowie das außerordentlich interessante und lehrreiche Material der Ausstellung beitrugen. Redner hat den Volksbeauftragten, dem Sozialen Museum die zu seiner Fortentwicklung notwendigen Mittel sicherzustellen, damit die Verbreitung der volkshygienischen Kenntnisse im ganzen Lande in je größerem Maße möglich werde.

Volksbeauftragter Anton Guth gab der vollsten Anerkennung für die Ausstellung und ihren Erfolg Ausdruck. Er legt auf die möglichst große Popularisierung der hygienischen Kenntnisse großes Gewicht. Auf dem Gebiete des Sanitätswesens und der Volkswohlfahrt stand die Proletarierherrschaft den Folgen der schweren Sünden des kapitalistischen Systems gegenüber. Der Kapitalismus vermochte diese Folgen nur zu verursachen, nicht aber sie auch zu beheben. Wie groß auch diese Aufgabe sein möge, die Proletarierherrschaft fühlt sich dazu berufen, die Folgen des Kapitalismus auch auf dem Gebiete der Volkshygiene zu beheben. Bei dieser Arbeit kann und will aber die Proletarierregierung nicht die Mitwirkung der interessierten großen Massen entbehren, denn sie weiß, daß ohne die Mitwirkung und Unterstützung der breiten Volksschichten die Fragen der Volkshygiene keinesfalls erfolgreich gelöst werden können. Er schreibt dem Sozialen Museum und der Ausstellung einen großen Wert zu, denn sie haben für die Popularisierung der Volkshygiene geeignete Mittel geschaffen. Er will alles im Interesse der Fortentwicklung dieser Institution aufbieten. Am Schlusse seiner höchst beifällig aufgenommenen Ansprache erklärte er die Ausstellung für geschlossen.

Die Angestellten des ehemaligen Parlaments.

Die Angestellten des ehemaligen Parlaments waren während der Zeit zwischen der Auflösung des Reichstages und der Einberufung der neuen Reichstagsession im Sinne der Hausordnung dem Minister des Innern unterstellt. Da im Sinne der neuen Verfassung der Präsident der Räteregierung auch in seiner Person mit dem Präsidenten des leitenden Ausschusses identisch ist und seine Aufgabe die oberste Leitung des Staatslebens und der Gesetzgebung bildet, in welcher Eigenschaft er ständig die vorbereitende und evidenzhaltende Tätigkeit der Angestellten des Hauses der Räte in Anspruch nimmt, war der Gedanke naheliegend, daß das Gesamtpersonal des Hauses der Räte dem Kompetenzkreise des Volkskommissariats für Inneres entzogen und der Leitung des Präsidiums der Räteregierung unterstellt werde. Die Revolutionäre Räteregierung hat in ihrer gestrigen Sitzung auch in diesem Sinne entschieden und ausgesprochen, daß die Angestellten des ehemaligen Parlaments unter die Aufsicht des Präsidenten der Räteregierung ge-